

„Leider konnte trotz vieler Bemühungen nicht einmal die systemische Finanzierung der vorbildhaften Komenskyschule gelöst bzw. eine gesetzliche Regelung für die autochthone tschechische, slowakische und ungarische Volksgruppe in Wien umgesetzt werden“, zeigt sich der stellvertretende Vorsitzende der Vorsitzendenkonferenz Bernard Sadovnik enttäuscht.

„Volksgruppensprachen sind bedroht“

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen, 28.2.2024)

(...)

Die Plattform der Vorsitzenden aller sechs Beiräte der autochthonen Volksgruppen Österreichs, hat auf ihrer jüngsten Klausurtagung in Wien auf die „bedrohliche Situation für die Volksgruppensprachen“ hingewiesen. Die Vorsitzendenkonferenz fordert eine umgehende Reform der Gesetzeslage und startet eine Medienkampagne.

Forderung nach Reformen und Bildungsangeboten

Die Vertreter der autochthonen Volksgruppen Österreichs fordern umgehende Maßnahmen zur Rettung ihrer Sprachen. Dazu zählen durchgehende Bildungsangebote – von der Kindertagesstätte bis zur Universität – innerhalb und außerhalb der autochthonen Siedlungsgebiete. Insbesondere in den urbanen Zentren, wie Wien und Graz/ Gradec, soll die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen eingehalten werden.

„Leider konnte trotz vieler Bemühungen nicht einmal die systemische Finanzierung der vorbildhaften Komenskyschule gelöst bzw. eine gesetzliche Regelung für die autochthone tschechische, slowakische und ungarische Volksgruppe in Wien umgesetzt werden“, zeigt sich der stellvertretende Vorsitzende der Vorsitzendenkonferenz Bernard Sadovnik enttäuscht.

Medienkampagne und politische Gespräche

Als Reaktion auf die bedrohliche Sprachensituation hat die Vorsitzendenkonferenz bei ihrer Klausurtagung eine mediale Informationskampagne zur Sprachenpolitik beschlossen. Außerdem wird sie Gespräche mit den Vorsitzenden aller Bundesparteien sowie den zuständigen Bundesministern und Landeshauptmännern in Wien, Burgenland, Kärnten und in der Steiermark führen.

Schriftliche Anfragen für diese Gespräche wurden laut Sadovnik bereits an alle Adressaten gesendet.